



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0836890

P/KV/277 - 6. Dezember 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe.

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Mit der SPD in eine bessere Zukunft

Verwirklichung der Freiheit

68

Von Bürgermeister Max Brauer,
Präsident des Senats der Freien Hansestadt Hamburg
und Mitglied der SPD-Mannschaft

3

Vertagungen

54

Stillstand in der internationalen Politik

4 - 5

"Bruderzwist im Hause ÖVP"

69

Heftige Kämpfe um die Nachfolge des Kanzlers Raab
Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Franta

6 - 7

Fragen an Herrn von Hassel

91

Ungeklärte Verhältnisse in Schleswig-Holstein
Die "Fälle" Lautz, Schlegelberger, Oberheuser und Catel

* * * *

Zur Beachtung: In unserer Mittwoch-Ausgabe veröffentlichen wir
den Artikel des Mitgliedes der SPD-Mannschaft

Verwirklichung der Freiheit

Von Bürgermeister Max Brauer,
Präsident des Senats der Freien Hansestadt Hamburg
und Mitglied der SPD-Mannschaft

Wie bei allen hohen Werten dieser Welt muß auch das kostbare Gut der Freiheit immer neu erobert werden. Deshalb werden wir Sozialdemokraten, sobald wir an der Regierung in der Bundesrepublik beteiligt sein werden, mit allen Überresten und mit allen restaurativen Versuchen, die Freiheit der deutschen Staatsbürger autokratisch oder im autoritären Stil zu gängeln, Schluß machen. Als eine unserer wichtigsten innenpolitischen Aufgaben betrachten wir es, die verfassungsmäßigen Rechte der Länder weiter auszubauen und sie zu schützen. Für uns ist die Selbstregierung der Bundesländer und über sie hinaus die kommunale Selbstverwaltung eine hohe Schule der Demokratie, eine praktische Übung der schöpferischen Kräfte aktiven Staatsbürgertums. Durch die ständig fortschreitende Aufbau- und Entwicklungsarbeit der Gemeinden, der Städte und der Länder werden die Lebensformen und Ordnungen unserer Demokratie wesentlich mit geprägt. Das auf diese Weise wachsende staatsbürgerliche Bewußtsein ist ein sicheres Fundament freiheitlich humanistischer Demokratie, viel sicherer als alle Methoden des Obrigkeitsstaates.

Wir warnen davor, sich durch die Angriffslust des Ostens beirren und in die Defensive drängen zu lassen. Jeder Versuch, den Osten in der Abwehr seiner Übergriffe zu kopieren, wäre die Preisgabe unserer freien Prinzipien und führt ins Unglück. Typische Beispiele schlechter innenpolitischer Methoden lernten wir in den heftigen Streitgesprächen um die Notstandsgesetzgebung und um das Zweite Fernsehen kennen. Statt auch der demokratisch und parlamentarisch legitimen Opposition eine Brücke demokratischen Zusammenwirkens zu bauen, suchte man sie zu überrollen und stellte ihr bei der Fassung der Notstandsgesetzesentwürfe unzumutbare Bedingungen.

Im Kampf um das Zweite Fernsehen übergang man die Länder und schaltete eine G.m.b.H. ein, in der die Länder gegen ihren Willen durch einen Strohmann vertreten wurden, den sie selber weder berufen noch gewollt hatten und mißbrauchte für diesen Zweck den zur Wahrung der Verfassung mitverantwortlichen Bundesjustizminister. In allen solchen Fragen werden wir nicht den Weg des Dirigismus gehen, sondern den gesetzlichen Weg über die Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat suchen.

In der Kulturhöheit der Länder erblicken wir eine wesentliche Stütze zur freien Entfaltung geistigen und kulturellen Eigenlebens der reich gegliederten politischen Landschaft Deutschlands.

Im Kampfe für die Sicherung der geistigen Grundlagen unserer Demokratie werden wir die staatsbürgerliche Bildung der jungen Generation vertiefen; doch auch in der Erwachsenenbildung sehen wir mit Hilfe der Volkshochschulen und vieler anderer staatsbürgerlicher Vereinigungen große neue Aufgaben. Noch müssen viele Gleichgültige und Abseitsstehende für ein neues Staatsbewußtsein gewonnen werden. Nicht alle einstmalige führende Nationalsozialisten sind zu Überzeugten Demokraten geworden. Einige von ihnen glauben offenbar immer noch, daß ihre Stunde eines Tages erneut kommen wird. Wir werden mit größter Entschlossenheit jeden Versuch rechter oder linker Extremisten zurückschlagen, die unser Volk erneut in das Elend und in die Barbarei einer Diktatur stürzen würden. In dieser Frage werden wir die Zusammenarbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit den Landesämtern für Verfassungsschutz intensivieren.

Getreu den Prinzipien des Grundgesetzes wird auch unsere Innenpolitik und unsere Erziehungsarbeit darauf hinwirken, eine Gesinnung guter Nachbarschaft zu entwickeln, damit wir durch unsere freiheitliche, humanistische, tolerante und versöhnliche Haltung dazu beitragen können, die in manchen unserer Nachbarvölker noch nachwirkenden dunklen Erinnerungen an das frühere Terror-Regime in Deutschland abzubauen.

Einbezogen in unsere Arbeit und in unseren Kampf für die soziale und geistige Freiheit ist auch unser Bekenntnis zur religiösen Freiheit, in der wir die persönliche Gewissens- und Glaubensentscheidung des anderen nicht nur "dulden", sondern auch anerkennen.

Um aber auch dem Staatsbewußtsein der breiten arbeitenden Masse unseres Volkes volle Entfaltungsmöglichkeit zu geben, werden wir alles tun, um die Vertreter der freien Arbeiterbewegung an der Regierung zu beteiligen. Zwar sind unsere Parlamente dadurch, daß sie sich allen öffneten, auch den gewählten Vertretern der erwerbstätigen Massen, Vollparlamente geworden. In unseren zentralen Regierungen aber ist hier noch vieles nachzuholen, was erfüllt werden muß, um zu einer politisch und sozial geschlossenen Repräsentanz unseres ganzen demokratischen Staatsvolkes zu gelangen.

+ + +

Zur Beachtung: In unserer Mittwoch-Ausgabe veröffentlichen wir den

Artikel des Mitgliedes der SPD-Mannschaft

Fritz Steinhoff

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

von 1956 - 1958

Vertagungen

ler - Die internationale Politik tritt heute, anderthalb Monate vor dem Antritt des neuen amerikanischen Präsidenten Kennedy, bildlich gesprochen, auf der Stelle. Entscheidungen werden aufgeschoben, beabsichtigte Reisen unterlassen, terminierte Konferenzen ins nächste Jahr verlegt. Auch die für den 5. Dezember festgesetzte Konferenz über die Regelung der Beziehungen zwischen den EFTA- und den EWG-Staaten hat nicht stattgefunden, obwohl umfassende Vorbereitungen dafür getroffen worden waren. Den äußerlichen Anlaß dazu gab die Erkrankung Bundeskanzlers Dr. Adenauer, die, diplomatisch gesehen, nicht gerade zur unrichtigen Zeit fiel. Viel Nützliches wäre aus der nun verschobenen Konferenz mit de Gaulle und Macmillan ohnehin nicht herausgekommen, denn der eine, de Gaulle, ist mit der Algerienfrage vollauf beschäftigt und der andere, der britische Premierminister Macmillan, sieht zu gebannt auf Washington, um sich auf etwas Festes und Bindendes verpflichten zu können. Die am 16. Dezember ds. Jrs. fällige Tagung der Mitglieder der Atlantikpaktstaaten wird keine bedeutenden Einschnitte im politischen Geschehen hinterlassen. Weder dürfte der vielumstrittene Plan, die NATO zu einer vierten Atommacht umzugestalten, konkrete Umrisse annehmen, noch werden auch auf anderen Gebieten der militärischen und politischen Zusammenarbeit innerhalb dieser Allianz zukunftsweisende Lösungen zu erwarten sein. Die ausgehende Regierung Eisenhower kann und will sich zu nichts verpflichten, was der neuen Administration unter Kennedy die Hände binden könnte.

Das trifft auch auf die seit zwei Jahren in Genf stattfindende und von der Weltöffentlichkeit kaum noch beachtete Dreimächtekonferenz zur kontrollierten Einstellung der Kernwaffenversuche zu. 273 Sitzungen haben insgesamt stattgefunden. Fortschritte sind, wenn überhaupt, nur mit dem Mikroskop zu entdecken. Diese Konferenz, die sogar das Fiasko des gescheiterten Pariser Gipfeltreffens überstand, litt zuletzt in zunehmendem Maße an wachsendem gegenseitigen Mißtrauen und den daraus resultierenden heftigen gegenseitigen Beschuldigungen. Die Verhandlungen wurden nun unterbrochen, sie sollen am 7. Februar, also drei Wochen nach der Installation des neuen amerikanischen Präsidenten im Weißen Haus von Washington, fortgesetzt werden. Das ist kein schlechtes Zeichen. Der 43jährige Kennedy hat wiederholt angekündigt, er werde die Abrüstungsgespräche mit neuen Ideen und Impulsen zu beleben versuchen, um einen Stillstand zu überwinden, den alle als unheilrohend empfinden.

Die Notwendigkeit, in absehbarer Zeit frische Ansatzpunkte zur Überwindung einer Entwicklung zu finden, deren Automatik alle in den Abgrund reißen könnte, scheint auch in Moskau erkannt worden zu sein. Noch niemals zuvor wurden in einer kommunistischen Deklaration so düster die Gefahren und Zerstörungsgewalt eines allgemeinen Atomkrieges geschildert, wie in dem wortreichen Dokument, das die kommunistische Gipfelkonferenz als Ergebnis ihrer dreiwöchigen streng behüteten Klausurtagung der Welt mitgeteilt hat. Viel ist von der Erhaltung des Friedens darin die Rede. "Entweder friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedenen Regierungen oder ein verheerender Krieg, das ist die heutige Alternative. Einen dritten Weg gibt es nicht".

Entkleidet man dieses umfangreiche Dokument aller Phrasologie, so besagt es in nüchternen Worten: auch die Sowjetunion hat Furcht vor der Auslösung einer atomaren Katastrophe, der auch sie nicht entgehen könnte, sollte es nicht gelingen, Spannungen in der Weltpolitik auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Unter der Führung Kennedys, des neuen Präsidenten der USA, dürfte dieser großartige Versuch gewagt werden. Bis dahin liegt die internationale Politik im Bereich des Schattens.

"Bruderzwist im Hause ÖVP"

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Die Österreichische Volkspartei ist eine auf ständischer Grundlage aufgebaute, aus drei Bündeln bestehende politische Partei. Es gibt einen Wirtschaftsbund, einen Bauernbund und einen Arbeiter- und Angestelltenbund. Jeder dieser drei Bündel vertritt naturgemäss in erster Linie die unmittelbaren Standesinteressen seiner Gruppe. Ein gemeinsames Band gibt es in dieser heterogenen Partei nicht, wenn man von der nicht sonderlich strapazierfähigen "antimarxistischen Haltung" absieht. Da die Gruppeninteressen innerhalb der ÖVP häufig miteinander in Kollision geraten, ist ein Element der Bindung, ein "starker Mann" an der Spitze, notwendig. Dieser starke Mann war seit mehr als zehn Jahren Bundeskanzler Ing. Julius Raab. Der heute neunundsechzigjährige Kanzler ist aber indes kränklich und müde geworden und nun nicht mehr der starke Mann, den die ÖVP an der Spitze braucht. Im Frühjahr dieses Jahres ist er als Parteiohmann zurückgetreten. Sein Nachfolger, der zweiundsechzigjährige stellvertretende Parlamentspräsident und steirische Abgeordnete Dr. Alfons Gorbach, hat nicht die notwendige Härte und Durchschlagskraft, um Raab in der ÖVP-Führung wirklich ersetzen zu können.

Kun zeigt sich in Österreich mit aller Deutlichkeit, dass es einer politischen Partei auf lange Sicht gesehen nicht gut tut, wenn sie auf die Autorität eines einzigen Menschen in der Spitze, und sei er eine noch so starke oder zähe Persönlichkeit, abgestimmt ist. Jahrelang war der ebenso tüchtige wie kluge und populäre Julius Raab die grösste Stärke der ÖVP. Jetzt, auf dem absteigenden Ast, ist er die grösste Schwäche dieser Partei. Nachdem er erst unlängst wieder angekündigt hat, in absehbarer Zeit sein Amt als Bundeskanzler niederzulegen, sind heftige Kämpfe um die Nachfolge in seiner eigenen Partei ausgebrochen, die zu einer Krise innerhalb dieser Partei und, wie SPÖ-Zentralsekretär Otto Probst dieser Tage im Parlament -in Anlehnung an ein bekanntes Drama von Grillparzer- sagte, zu einem "Bruderzwist im Hause ÖVP" geführt zu haben. Probst knüpfte an diese Feststellung den Wunsch,

dass dadurch "nicht der Friede des Hauses Österreich gestört werde".

Der Bruderkwitz in der rivalisierenden Führungsgeschicht der ÖVP offenbart sich vor allem in einander völlig widersprechenden Äusserungen massgeblicher Politiker über die Rückkehrpläne des "Thronprätendenten" Dr. Otto Habsburg und über die Vor- und Nachteile der Zusammenarbeit der grossen Parteien in der österreichischen Regierungskoalition. Bezeichnenderweise sind die "Koalitionstöter" - an der Spitze der steirische Landeshauptmann und päpstliche Ordensträger Josef Krainer - zugleich die Fürsprecher der absurd anmutenden Absicht Dr. Habsburgs, in Gestalt eines erblichen "Justizkanzlers" die Monarchie in Österreich gewissermassen durch die Hintertür und bei dichtem Nebel einzuführen. Eine Reihe massgeblicher ÖVP-Politiker hat sich dagegen ausgesprochen und hat anlässlich der jüngsten Budgetdebatten im Parlament den geschichtliche Tatsache gewordenen Wert der österreichischen Koalition gewürdigt.

Die koalitionsfeindlichen, reaktionären Kräfte der ÖVP spekulieren auf das derzeitige grosse Unbehagen in ihrer eigenen Partei, entstanden einerseits durch die entscheidenden sozialpolitischen Erfolge der Sozialisten in den vergangenen Wochen und andererseits an den bitteren Früchten der verantwortungslosen Schuldenpolitik des inzwischen zurückgetretenen ÖVP-Finanzministers Prof. Dr. Reinhard Kamitz. Die demagogische Kritik dieser Kreise an der auch von einsichtiger ÖVP-Politikern anerkannten Koalition soll vermutlich nicht nur ihren eigenen politischen Ambitionen nützen, sondern steht bewusst oder unbewusst - wahrscheinlich aber bewusst - gleichzeitig im Dienste der CDU-Propaganda für die kommende Bundestagswahl. "Ob Österreich will oder nicht", schreibt die "Arbeiter-Zeitung" dieser Tage in einem Leitartikel, "wird es zum Demonstrationsobjekt im deutschen Wahlkampf" und es sei "ganz klar, was es für die CDU bedeuten würde, wenn im nächsten Jahr die österreichische Koalition vor die Hunde ginge..."

Mag sein, dass ein Teil der ÖVP solcherart der deutschen Bruderpartei propagandistische Schützenhilfe leisten will -- gewiss zum Nachteil Österreichs, aber aller Voraussicht nach auch zum Nachteil der ÖVP selbst. Denn schon einmal, nämlich vor knapp zwei Jahren, sind Alleinherrschafts- oder "Bürgerblock"-Pläne der ÖVP laut geworden und haben im Wahlkampf für die Nationalratswahl vom Mai 1959 eine Rolle gespielt. Mit dem Ergebnis, dass die ÖVP ihre Stellung als an Wählerstimmen stärkste Partei des Landes an die SPÖ verloren hat.

Fragen an Herrn von Hassel

sp- Vielleicht als Reflex auf die anklagenden Darstellungen der angelsächsischen und skandinavischen Presse über die Fälle Lautz, Schlegelberger, Oberheuser und Catel hat in den letzten Tagen auch ein Entrüstungsturm in der Presse der Bundesrepublik eingesetzt, die den Christlichen Demokraten nahe steht. Man spart dabei nicht mit Vorwürfen, die an die Adresse des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten, Kai-Uwe von Hassel, gerichtet sind. Diese Vorwürfe werden auch zu Recht erhoben, denn schliesslich hat von Hassel am 11. Oktober 1954 bei seiner Berufung vor dem Landtag geschworen, er werde seine Pflichten "gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen Jedermann üben". Nach Artikel 24 der Landesatzung bestimmt er die Richtlinien der Regierungspolitik und trägt dafür die Verantwortung.

Diese Verantwortlichkeit des Herrn von Hassel berechtigt, zu den vier Fällen eine Versäumnisliste an seine Adresse hinzuzufügen. An der Spitze steht die grosse Frage, warum hat es eigentlich der Ministerpräsident im Norden bisher unterlassen, betont und nachdrücklich seine tiefe Abscheu über die Handlungen zum Ausdruck zu bringen, welche diese vier Personen in der nationalsozialistischen Zeit vollbracht haben?

Warum hat er es eigentlich unterlassen, in einer Regierungserklärung vor dem Parlament zu erklären, weder Hitlers Reichsjustizminister in den Jahren 1941 und 1942, der Staatssekretär a.D. Dr. Franz Schlegelberger, noch der Oberreichsanwalt bei den Nationalsozialistischen Volksgerichtshöfen, Dr. Lautz, haben irgendein moralisch begründetes Anrecht darauf, von unserem demokratischen Rechtsstaat auch nur einen Pfennig an Pension zu bekommen?

Warum erklärte von Hassel nicht, er verabscheue es nachdrücklich, dass die KZ-Arztin Frau Dr. Hertha Oberheuser und der Butnanasiegutachter Professor Catel weiterhin als Ärzte praktizieren dürfen?

Die Vorhaltungen, die zur verwaltungstechnischen Seite gemacht werden müssen, sind nicht minder hart. Wie kommt es eigentlich, dass die Staatsanwälte in Lübeck nun schon seit 1956 (!) gegen den Oberreichsanwalt von Hitlers Gnaden, den Herrn Lautz, ermitteln und an einer Anklage arbeiten? Hat die Landesregierung unter der Verantwortung des Herrn von Hassel denn tatsächlich überaus fähige Juristen von internationaler Ruf hinzugezogen, als das Oberlandesgericht in Schleswig es im März dieses Jahres ablehnte, den Staatssekretär a.D. Schlegelberger wegen gemeinschaftlichen Mordes anzuklagen?

Es gibt namhafte Juristen, die bezweifeln, dass nach dem

sogenannten Überleitungsvertrag (aufgrund der Nürnberger Verurteilung im Jahre 1947) kein deutsches Strafverfahren mehr möglich ist. Die gleiche Frage muss an den Kieler Regierungschef auch mit der gleichen Argumentation im Fall Oberheuser erhoben werden, wo das Oberlandesgericht bereits 1957 den Prozess gegen die in Nürnberg abgeurteilte KZ-Arztin Oberheuser ablehnte. Bereits damals hätte an einem ersten Modellfall die Grundsätzlichkeit dieser Frage geprüft werden müssen.

Bereits 1957 kam die Novelle zum Artikel 131 des Grundgesetzes heraus, nach der Deuten von damals die Pension anzuerkennen ist, wenn sie gegen die Grundsätze der Menschlichkeit und der Rechtsstaatlichkeit verstossen haben.

Warum, so lautet die weitere Frage, erkannte die Landesregierung, unabhängig von den scwebenden strafrechtlichen Ermittlungen, nicht daraufhin sofort dem Lautz und dem Schlegelberger die Pensionen ab?

Die Dokumentarwerke, in denen die Taten dieser Männer in der nationalsozialistischen Zeit geschildert werden, waren auch schon damals für jeden Referenten, auf alle Fälle aber für den Ministerpräsidenten von Hassel in jeder einschlägigen Bücherei zu entleihen. Ferner ist zu fragen, warum denn erst im Jahre 1958 mit einem Approbationsentzug gegen die Ärztin Oberheuser vorgegangen wurde? Die Reichsärzteordnung aus dem Jahre 1935 befindet sich doch mit Sicherheit in der Gesetzessammlung des Herrn Ministerpräsidenten in Kiel und diese Reichsärzteordnung verpflichtet schliesslich zum Eingreifen.

Im Fall Catel, dem Ordinarius für Kinderheilkunde an der Kieler Universitätsklinik, hat schon 1949 eine Hamburger Strafkammer festgestellt, dass dieser Professor an der "gutachterlichen Gnadenstiftung" beteiligt war und ihm dabei nur das Schuldbewusstsein gefehlt habe.

Wieso konnte Catel daraufhin 1954 Ordinarius der Kieler Universität werden und wie kommt es, dass Ministerpräsident von Hassel nicht auch hier die Anwendbarkeit der Reichsärzteordnung überprüfen liess?

Abschliessend erwartet die Öffentlichkeit von ihm eine eindeutige und gründliche Antwort auch auf die folgende rechtsgrundsätzliche Frage. Wenn durch den Nürnberger Urteilsspruch in den Fällen Schlegelberger und Oberheuser gegen diese beiden Personen eine strafrechtliche Anklage vor einem deutschen Gericht nicht mehr möglich ist, wie steht es denn eigentlich mit der rechtlich durchaus zu begründenden Zwangslufigkeit, der Oberheuser ist die ärztliche Zulassung und dem Schlegelberger ist die Pension zu entziehen? Hat Ministerpräsident von Hassel jemals Juristen von internationalen Ruf, die sich in der Nürnberger Rechtsprechung hervorragend auskennen, hinzugezogen und das alles überprüfen lassen? Und letztlich - was hält der Regierungschef zu Kiel eigentlich von den Richtern seines Oberlandesgerichts und seines Landesverwaltungsgerichts in Schleswig?

* * *